

CGSP - AZÖD
FGTB ÖFFENTLICHER DIENST
Gemeinsam stark

SIE MACHEN WEITER



LEITARTIKEL S. 3
Sie machen weiter,
wir auch!



UNSERE AKTIONEN S. 4
Kämpfen heißt hoffen



DOSSIER S. 8
Boucle du Hainaut:
Es herrscht Dringlichkeit

INHALT ■■■

- 3 LEITARTIKEL**
Sie machen weiter... Wir auch!
- 4 UNSERE AKTIONEN**
Kämpfen heißt hoffen
- 7 EHRUNG**
Ein neues Duo an der Spitze der FGTB
- 8 DOSSIER**
Boucle du Hainaut: Es herrscht Dringlichkeit
- 11 UNSERE GESCHICHTE**
Die Ursprünge des 8. März
- 12 UNSERE KULTUR**
La fabrique des insurgées
- 13 UNSERE MEDIEN**
Arizona, der Feind der Frauen?
- 16 KULTUR**
Weltkongress der FIA in Birmingham



SIE MACHEN WEITER, **WIR AUCH!**



Wir kämpfen jetzt bereits seit über einem Jahr! Doch da sie weiterhin an ihrer Absicht festhalten, unser Sozialmodell zu zerschlagen, leisten wir weiterhin Widerstand und verteidigen weiterhin unser Gemeinwohl. Zugegeben, das Ausmaß dieses Kampfes kann mitunter erdrückend wirken – aber unsere Verantwortung ist nicht minder groß! Wie eine Figur in Die schmutzigen Hände von Jean-Paul Sartre sagt: „Widerstand ist die Weigerung, der Entmutigung nachzugeben.“ Mehr denn je beflügeln unsere Aktionen unsere Entschlossenheit. Aufgeben und wegschauen sind keine Option – das kommt nicht infrage!



Die derzeitige Sackgasse ist nicht unser Verdienst: Nur der politische Beschluss, sich unter das Joch von Sparmaßnahmen zu begeben, macht das Finden von Lösungen unmöglich. Für uns bedeutet Handeln, sich Wege zu bahnen, diese gangbar zu machen, und zwar dort, wo Mauern von Willkür und Autoritarismus den Platz und die Mittel einschränken. Es geht hier nicht um die Hoffnung, dass alles von den anderen zu erwarten wäre, sondern im Gegenteil: Es geht um unsere nötige Entschlossenheit, unsere Ziele weiterzuverfolgen, ungeachtet der zahlreichen Hindernisse. Den Horizont öffnen, statt den Blick zu senken! Stolz voranschreiten, statt ihre Verachtung zu ertragen!

Diese Verachtung scheint im Übrigen zu einer eigenständigen politischen Linie zu werden, so stark sind die ideologischen Entscheidungen von der Realität abgekoppelt. Seit Monaten sind wir in der Wallo-nischen Region und in der Französischen Gemeinschaft Zeuge von Scheinverhandlungen. Hunderte Fragen, Anmerkungen und Änderungsvorschläge werden nicht gehört – wenn sie nicht gar von oben herab abgetan werden. Immer wieder spüren wir diese Verachtung, wenn etwa die Exekutive, wie ein moderner Scrooge, demonstrativ auf Durchzug stellt, unsere Mobilisierungen mit einer Handbewegung abtut und spöttisch-gleichgültig auf unsere Einwände reagiert.

Zuletzt bleibt ihnen dann nur noch das Autoritätsargument. Und so wird - Maßnahme um Maßnahme - die Zerstörung der sozialen und institutionellen Gleichgewichte unserer Gesellschaft vorangetrieben. Jetzt sollen auch noch die ÖSHZ infrage gestellt werden, die Brüsseler Polizeizonen zusammengelegt, die Provinzen abgeschafft, die Gemeinden finanziell ausgehungert sowie neue Kürzungen bei Budgets und Handlungsspielräumen der Einrichtungen Aviq, Forem, Famiwal, IFAPME usw. vorgenommen werden.

Das kommt nicht infrage! Je länger sie weitermachen, umso entschlossener werden wir uns gegen die systematische Untergrabung unserer Demokratie stemmen. Wir werden allerdings nicht mit der gleichen Verachtung auf ihre Niederträchtigkeiten reagieren. Für solche trübseligen Machenschaften haben wir nichts übrig. Unsere Aufgabe besteht vielmehr in der Verteidigung der Beschäftigten, in der Verteidigung der öffentlichen Dienste. Das ist unsere Stärke, daraus ziehen wir unseren Stolz darauf, eine offene, aufnahmebereite, egalitäre Gesellschaft zu verteidigen, die die Schwächsten schützt und die für alle gerecht ist. Während auf der einen Seite die Verachtung ständig neue Gegner entstehen lässt, kämpfen wir dafür, unsere Rechte durchzusetzen, Forderungen auszuarbeiten, Gegenmacht zu organisieren und Programme auszuhandeln, die alle Formen von Ungleichheit bekämpfen.

Dieser ideologischen Verblendung, die jede Kritik an ihrer Politik als Verbrechen abstempelt, halten wir soliden und beharrlichen Widerstand entgegen – aufbauend auf dem politischen Bewusstsein von kollektiver Stärke und auf dem engagierten Einsatz für eine bessere Welt.

Deshalb legt die CGSP im Ausschuss A Widerspruchsprotokolle vor. Deshalb reicht die CGSP beim Staatsrat Beschwerden ein. Deshalb lassen wir in der Intensität unserer Aktionen nicht nach. Rotierende Streiks und historische Mobilisierungen haben diesen sozialen Winter aufgeheizt. Nun rufen wir dazu auf, beim großen Frühjahrsputz weiterzumachen und die landesweite Kundgebung am 12. März in Brüssel zu einem großen Erfolg zu machen!

Wir machen auch weiter!

PATRICK LEBRUN

Generalsekretär der IRW-CGSP

VIOLAINE DENEYS

Generalsekretärin der IRB-CGSP

KÄMPFEN HEISST HOFFEN

La résistance contre le gouvernement antisocial de l'Arizona se poursuit en 2026! Tant à la FGTB qu'à la CGSP, le froid et la neige n'ont pas engourdi notre détermination à lutter contre toutes les mesures qui détruisent notre contrat social ; de la sécurité sociale aux droits des travailleurs, de la protection des minorités aux attaques contre nos libertés fondamentales. Grèves et manifestation nationale sont d'ores et déjà programmées jusqu'au printemps. Le mouvement est plus fort et plus uni que jamais et nous montrerons à l'Arizona qu'il y a des alternatives à ses coupes budgétaires à l'aveugle.

Nach einem Jahr gewerkschaftlicher Aktionen gegen die Arizona- und die Azur-Regierungen, ist der Destabilisierungsversuch durch die Föderalregierung - als diese nämlich ihre Haushaltsankündigung am ersten Streiktag im November vorlegte - fehlgeschlagen. Zumal dieser Haushalt bloß neue Sparmaßnahmen ankündigt, die keinerlei Probleme lösen werden. Sicher ist jedoch, dass die Arizona-Regierung es nicht dabei belassen wird: Die sozialen Rückschritte werden sich weiter verschärfen, wenn Arizona den irrwitzigen Austeritätskurs ohne zusätzliche Einnahmen fortsetzt.

In einer Zeit, in der die stärksten Schultern weiterhin verschont bleiben, ist die Ankündigung eines Indexsprungs für jeden zweiten Arbeitnehmer und jeden dritten Rentner wie eine Bombe eingeschlagen. Die Perspektivlosigkeit für die Jugend und der Ausschluss von 190.000 Arbeitsuchenden schüren die Wut und die Verzweiflung noch weiter. Die Verschärfung des Mitbewohnerstatus zerstört die allerletzten Hoffnungen. Alle Sektoren des öffentlichen Dienstes machen gegen die wahllosen Haushaltskürzungen, die der gesamten Bevölkerung direkten Schaden zufügen werden, mobil.

Unsere Demonstrationen haben im Laufe der Monate immer mehr Menschen zusammengeführt. Unsere Streikaktionen haben gezeigt, dass die Wirtschaft ohne die arbeitende Klasse nicht funktioniert – eine Klasse, die die Regierung in eklatanter Weise missachtet. Übrigens haben unsere Aktionen die Regierung, trotz ihrer zur Schau gestellten Gleichgültigkeit, bereits zum Einlenken gezwungen. So konnten wir beispielsweise die Beschäftigung zum Laufbahnende retten. Auch die Perioden von Kurzarbeit und Krankheit werden letztlich doch für die Rente berücksichtigt, genauso wie das erste Berufsjahr bei der Rentenberechnung zum Tragen kommt.

Die soziale Bewegung ist stärker und geschlossener als noch vor einem Jahr. Und wir bleiben entschlossen in unseren Bemühungen, diese Regierung zurückzudrängen. Denn es gibt Alternativen – und sie sind möglich ...

sind alle Beschäftigten der FWB: Lehrkräfte, ErzieherInnen, Betreuungspersonal, AnimatorInnen, technische und administrative Teams, aber auch die Eltern und jungen Menschen. Sie bestätigen, dass die aktuellen Haushaltsbeschlüsse die ohnehin stark unter Druck stehenden Bereiche weiter schwächen und Schließungen, Qualitätsverluste sowie eine massive Verschlechterung des schulischen und sozialen Klimas nach sich ziehen könnten. Die Losung ist klar: Die Verteidigung der öffentlichen Dienste, die ohnehin schon jetzt am Limit arbeiten.

SONNTAG, 25. JANUAR: BÜRGERMARSCH FÜR DIE SCHULE UND DIE ZUKUNFT DER JUGEND

Eine hochwertige Bildung ist die Grundlage einer erfüllten Gesellschaft. Deshalb gehen die Angriffe der Azur- und Arizona-Regierungen gegen die Schule und die Zukunft der Jugend alle etwas an. Dieser in Brüssel organisierte Marsch bildete den Abschluss einer von den Gewerkschaften in den Schulen der FWB organisierten Aktionswoche vor dem Hintergrund der die Schule und Jugend betreffenden Haushaltsmaßnahmen.

Die Anhebung der Unterrichtszeit in der höheren Sekundarstufe um zwei Stunden, die Erhöhung der Studiengebühren, das Einfrieren der Indexierung bestimmter Subventionen – etwa in der frühkindlichen Betreuung oder im Kulturbereich – werden die Ungleichheiten unter Jugendlichen im Allgemeinen und im Bildungswesen im Besonderen weiter verschärfen.

Eltern, SchülerInnen, Studierende, Lehrkräfte, KünstlerInnen, AnimatorInnen, ErzieherInnen sowie Beschäftigte aus dem Sozial- und Kulturbereich: sie alle sind betroffen. Sie weigern sich, die Zukunft der Jugend auf dem Altar der Austerität zu opfern. Und einmal mehr verstecken sich die Regierungen hinter dem Haushaltsalibi, das ihren sozialen Kahlschlag rechtfertigen soll. Das ist inakzeptabel.

15. DEZEMBER: GENERALSTREIK IN DER FWB

Dem Aufruf der gemeinsamen Gewerkschaftsfront folgend, richtete sich der Generalstreik gegen die für die Schulen, Betreuungseinrichtungen, Jugendeinrichtungen und sozio-kulturellen Dienste als gefährlich eingestuften Haushaltsmaßnahmen der Föderation Wallonie-Brüssel (FWB). Betroffen

26. JANUAR: SCHIENE DER SOLIDARITÄT

Der erste Termin des Jahres: Die „Schiene der Solidarität“ am Montag, den 26. Januar, in Brüssel – solidarisch mit den Beschäftigten der Eisenbahn, die sich vom 26. bis 30. Januar massiv und berufsgruppenspezifisch mobilisierten.



Die Angriffe auf den öffentlichen Dienst sind Angriffe gegen uns alle! Dieser Kampf ist auch unser Kampf! Die Schiene der Solidarität war eine auffallende, ausdrucksstarke Menschenkette, die sich bis an die Grenze der „neutralen Zone“ erstreckte, als Vorstoß gegen die politische Macht.

25. BIS 30. JANUAR: ROTIERENDE STREIKS DER EISENBÄHNER

Seit 100 Jahren garantiert das Gesetz von 1926 – der Gründungstext des belgischen Eisenbahnmodells – den Zusammenhalt und die Sicherheit der belgischen Eisenbahn. Dieses Modell des öffentlichen Dienstes wird derzeit durch einen Gesetzesvorentwurf bedroht. Dieser wurde am 23. Dezember 2025 vom Ministerrat gebilligt und stellt den freien Wettbewerb über das Interesse der Reisenden. Während der Kampf gegen die Rentenreform weiterhin anhält und 2025 zur massiven Mobilisierung der Eisenbahner geführt hat, will der Minister zusätzlich die Neueinstellung mit Beamtenstatut beenden, was mit dem Risiko verbunden ist, Stabilität und Fachwissen zu opfern, die für die Sicherheit unseres Netzes unerlässlich sind. Das Statut ist Garant für einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienst – für Beschäftigte wie für Fahrgäste. Ebenso bedroht Arizona die Einheitlichkeit des Statuts aller Bahnangestellten. Als wäre das nicht genug, will die Regierung faktisch das Verhandlungsrecht der Gewerkschaften beschneiden und dem Personal einseitige Entscheidungen aufzwingen.

Übrigens haben an diesen fünf Tagen auch die Kollegen des TBM-Sektors gegen die Haushaltskürzungen und den organisierten Sozialabbau bei der TEC mobil gemacht. Bereits am 26. Januar reichten sie eine Streikankündigung auf unbestimmte Zeit ein. Die wallonische Regierung überarbeitet nämlich den öffentlichen Dienstleistungsvertrag der TEC – um den Busverkehr auszuhöhlen: weniger Mittel, Angebotsabbau, Aufgabe von Buslinien mit hohem Service-niveau (Mons und Charleroi), steigende Tarife, Infragestellung der Rechte der Beschäftigten, Einstellungsstopp, flexibilisierte Arbeitszeiten, schleichende Privatisierung. Man erhöht den Anteil des öffentlichen Verkehrs nicht, indem man das Angebot zerschlägt und Fahrgäste sowie Beschäftigte unter Druck setzt. Die Regierung ist auf dem Holzweg: Stattdessen braucht es Refinanzierung, Neueinstellungen, Investitionen und Verhandlungen.

30. JANUAR: STREIK ALLER ÖFFENTLICHEN DIENSTE

Die föderale CGSP beschloss, während der Streikwoche der Eisenbahner im Januar alle ihre Sektoren an einem Tag zu mobilisieren – und zwar an dem Tag, an dem sämtliche Berufsgruppen der Bahn streikten. Diese Aktionen wurden von den drei Interregionalen organisiert: Die Vlig demonstrierte massenhaft in Antwerpen, die IRB versammelte ihre Mitglieder am Brüsseler Hauptbahnhof, und die IRW zog durch die Straßen von Namur mit Stationen am Grognon, vor der Elysette sowie bei der OTW, der TEC-Dachorganisation. An diesen drei symbolischen Orten wurden jeweils Reden gehalten. Unsere Forderungen betreffen vor allem das Statut, die Renten, die Prekarisierung der Beschäftigung durch Flexijobs, die schleichende Privatisierung der TEC sowie die Abschaffung der Provinzen.

5., 10. UND 12. FEBRUAR: TURNUSMÄSSIGE STREIKS IN DEN PROVINZEN

Nach den Aktionen im nicht-kommerziellen Sektor am 3. Februar rufen die FGTB und die beiden anderen Gewerkschaften zu drei Aktionstagen und Streiks gegen die föderalen Maßnahmen auf. In den frühen Morgenstunden des 5. Februar eröffnet Hennegau den Reigen, ebenso Ost- und Westflandern, die durch zahlreiche Aktionen lahmgelegt werden. Mehrere Tausende Demonstrierende machen in Tournai in einem Marsch ihrer Wut Luft. Der Staatsrat, der den Antrag der Eisenbahner bei der Hinterlegung einer Streikankündigung für den 5. Februar abgelehnt hatte, gibt der SNCB-Geschäftsleitung hingegen recht. Ein hartes Urteil für unsere Gewerkschaftsfreiheiten! Die Entschlossenheit der Eisenbahner bleibt dennoch ungebrochen.

Am 10. Februar stehen die Provinzen Namur, Lüttich, Luxemburg und Antwerpen still.

Am 12. Februar folgen Brüssel und die beiden Brabant-Provinzen.

Diese Aktionen sind ein Vorgeschmack auf die große nationale Kundgebung am Donnerstag, dem 12. März, vor der



Haushaltskontrolle, die – ebenso wie der Haushaltsbeschluss – erneut die Kaufkraft der Beschäftigten beeinträchtigen könnte, statt die Reichsten in die Pflicht zu nehmen.

Der Verwaltungssektor (Admi) hat überdies am kommenden 3., 4. und 5. März ebenfalls eine Reihe rotierender Streiks und Aktionen in den verschiedenen Provinzen geplant. Wie schon bei den föderalen Maßnahmen prangert der Sektor das Vorhaben der Azur-Regierungen an, das Statut abzuschaffen, die Provinzen zu zerschlagen oder Gemeinden zu Zwangsfusionen zu verpflichten.

8. MÄRZ: TAG DES KAMPFS FÜR DIE RECHTE DER FRAUEN

Die Maßnahmen der Föderalregierung treffen besonders die Arbeitnehmerinnen hart. Arizona verschärft die Laufbahnvoraussetzungen für den vorzeitigen Renteneintritt. Jede vierte Frau wird nicht mehr ohne Malus in Rente gehen können, gegenüber 8 % der Männer. Der Malus beträgt 5 % pro Jahr vor dem 67. Lebensjahr.

Die von Arizona angestrebte Neudefinition eines Erwerbsjahres (von 104 auf 156 geleistete Arbeitstage) zwingt 40 % der Beschäftigten zu einer Verlängerung ihrer Erwerbslaufbahn. 54 % davon sind Frauen, überwiegend in Teilzeit. Die Begrenzung der anrechenbaren Zeiten (Unterbrechungen, Teilzeit, Familienurlaub) führt zu einem durchschnittlichen Rentenverlust von 34 % für Frauen gegenüber 23 % für Männer – in einem Land, in dem Frauen weiterhin 62 bis 81 % der Elternurlaube übernehmen.

Arizona will zudem die Hinterbliebenenrente abschaffen. Frauen werden dadurch erhebliche Einkommensverluste erleiden.

Ein weiteres alarmierendes und inakzeptables Signal ist die Untätigkeit der Regierung beim freiwilligen Schwangerschaftsabbruch. Statt Gleichstellung zu fördern, bestraft Arizona die Frauen! Die für diesen Tag geplanten Aktionen fügen sich daher nahtlos in den allgemeinen Aktionsplan ein.

12. MÄRZ: GROSSE LANDESWEITE KUNDGEBUNG

Die drei Gewerkschaftsorganisationen sowie die Kulturbewegungen und Vereinigungen rufen dazu auf, sich am 12. März in Brüssel zahlreich an der Demonstration zu beteiligen. An diesem Tag wird das Rentengesetz dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt, und die Regierung muss eine Haushaltskontrolle durchführen.

Der Herbst 2025 war heiß. Im Oktober haben wir nahezu 200.000 Menschen bei einer Demonstration, die einhellig als historisch bezeichnet wird, versammeln können. Der November stand unter dem Zeichen einer ebenfalls historischen, viertägigen Aktion und eines Streiks, ausgetragen von einer gemeinsamen Gewerkschaftsfront. Die Unzufriedenheit mit der sozial-ökonomischen Zerstörungspolitik der Arizona-Regierung ist weiterhin groß.

All unsere Aktionen und die außergewöhnliche Mobilmachung, die sie auslösen, haben hinsichtlich unserer Forderungen bereits für zahlreiche Fortschritte gesorgt. Dank unseres Widerstands kam es bei einigen Punkten zu einem Umdenken: Die Krankheitszeiten werden bei der Berechnung des Rentenmalus berücksichtigt, der Rentenmalus wird um ein Jahr verschoben, und beim vorzeitigen Renteneintritt wird das erste Berufsjahr wieder angerechnet. Die Beschäftigung am Laufbahnende bleibt erhalten. Für Nachtarbeit gilt: Nicht alles ist möglich, nicht alles ist erlaubt. Mutterschaftsurlaub und Kurzarbeit werden für den Erwerb sozialer Rechte berücksichtigt.

Im Bereich der Arbeitslosigkeit verlängern Krankheits- oder Invaliditätszeiten, Arbeits- oder Wegeunfälle sowie Berufskrankheiten die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes.

Es ist also falsch zu behaupten, unsere Aktionen seien nutzlos. Diese Kundgebung schließt ein erstes Aktionsquartal ab, das ohne Unterbrechung und mit Ausdauer unseren Widerstand und unsere Entschlossenheit markiert, den bewusst organisierten sozialen Kahlschlag der schlimmsten antisozialen Regierung, die wir je hatten, nicht einfach so hinzunehmen.

EIN NEUES DUO AN DER SPITZE DER FGTB

Nach fünf Jahren als FGTB-Präsident geht Thierry Bodson in den Ruhestand. Er übergibt das Ruder an Bert Engelaar. Selena Carbonero Fernandez wird ihrerseits neue Generalsekretärin. Sie wiederum wird durch Philippe Borsu ersetzt, der das föderale Sekretariat ergänzen wird.

Am 19. Dezember, dem Kongresstag, erlebte die FGTB einen historischen Moment voller Bedeutung: Thierry Bodson ging nach 40 Jahren Gewerkschaftsarbeit in den Ruhestand und ein neues Duo bestehend aus Bert Engelaar und Selena Carbonero Fernandez wurde zum Präsidenten bzw. zur Generalsekretärin gewählt.

„UNSER METIER IST DIE SUCHE NACH EINHEIT“

Thierry Bodson, der Ende 2025 seinen 65. Geburtstag feierte, stand seit 2020 an der Spitze der FGTB. Er hat über 40 Jahre für die sozialistische Gewerkschaft gearbeitet, zunächst in der Leitung der Regionalen Lüttich–Huy–Waremmes, danach als Generalsekretär der wallonischen FGTB. „Unser Metier ist die Suche nach Einheit.“ Mit diesen letzten, an den Kongress gerichteten Worten brachte Genosse Bodson eine entscheidende Botschaft im Sinne der Verteidigung der Arbeitswelt zum Ausdruck.

Denn Solidarität ist notwendiger denn je, jetzt wo der Neoliberalismus uns nur Trümmer hinterlässt. Diese Botschaft ist auch der übergebene Staffelstab. Der Dank für Thierrys gesamte Arbeit an der Spitze der FGTB entfaltet seinen vollen Sinn, wenn wir uns zugleich vornehmen, die Stärke unserer Einheit als Kompass unseres Handelns zu erhalten. Denn nur gemeinsam sind wir stärker.

EINE NEUE GENERATION AM RUDER



Bert Engelaar ist 46 Jahre alt. Er wurde in Gent geboren und ist erst seit einem Jahr als föderaler Generalsekretär der FGTB tätig. Er wird das Amt des Präsidenten übernehmen. Die Präsidentschaft fällt gemäß des Wechselprinzips nämlich nun einem Niederländischsprachigen zu.

„Nach 15 Jahren täglicher Gewerkschaftsarbeit in Brüssel und dem vergangenen Jahr als Nummer zwei unserer föderalen Organisation wird mir mehr denn je bewusst, dass unsere Gewerkschaft allen eine Stimme geben muss. Wir werden dies weiterhin tun, gestützt auf unsere Werte Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.“



Selena Carbonero Fernandez ist ebenfalls 46 Jahre alt. In Lüttich geboren und dort lebend, ist sie seit 2021 Föderalsekretärin, insbesondere zuständig für das Thema Renten und für Sozialwahlen. Sie ist die erste französischsprachige

Frau in dieser Funktion seit dem Rücktritt von Anne Demeulene im Jahr 2014.

Zu ihren zentralen Anliegen zählen der Kampf für die Frauensache und die Verteidigung der Grundfreiheiten, die Migrationspolitik sowie der Klimawandel. Die ausgebildete Juristin war zunächst als Anwältin tätig, bevor sie 2006 zunächst zu den „Métallos“ der FGTB und danach zur „Centrale générale“ wechselte. Als feministische Gewerkschafterin, im Mai 2018 zur Präsidentin des Frauenbüros der wallonischen FGTB gewählt, übte sie dieses Mandat bis April 2021 aus.

Das föderale Sekretariat der FGTB wurde außerdem durch die Wahl von Philippe Borsu ergänzt, der zahlenmäßig an die Stelle von Selena Carbonero tritt. Als Sachkundiger für die sozialversicherungsrechtliche Gesetzgebung wurde er für das Amt des frankophonen Föderalsekretärs gewählt. Auf niederländischsprachiger Seite ist weiterhin Raf De Weerdts zuständig für diese Bereiche.

Die Herausforderungen an der Spitze der FGTB sind enorm: Löhne, Renten, Sozialleistungen, öffentliche Dienste, Wohnungsbauforderungen, Energie, Gesundheit – lauter nicht verhandelbare Forderungen! Ebenso wenig verhandelbar ist der Kampf gegen Hass und widerwärtige Ideen. Wie unser neuer Präsident sagt: „Die Gewerkschaftsbewegung hat nicht das Recht, neutral zu sein. Schweigen wird zur Erlaubnis. Solidarität muss unumstößlich sein, sonst gibt sie nach beim ersten Aufprall. Der Kampf gegen die Ausbeutung geht Hand in Hand mit dem Kampf gegen Rassismus. Ich werde nicht Präsident sein, um den Niedergang zu verwalten. Ich will Präsident sein, um den Aufbruch zu organisieren. Eine FGTB, die beschützt, die zusammenführt, die zuschlägt, wenn es nötig ist, und die gewinnt. Denn Würde wartet nicht.“

Wir werden an seiner Seite stehen!



Thierry Bodson und Bert Engelaar

BOUCLE DU HAINAUT : ES HERRSCHT DRINGLICHKEIT

Alle Studien bestätigen es: Die Kapazität des Stromnetzes der Provinz Hennegau wird im Jahr 2030 ausgelastet sein. Die wallonische Regierung ist sich dieser Bedrohung für die wirtschaftliche Zukunft der ganzen Wallonie bewusst und hat daher beschlossen, das Projekt „Boucle du Hainaut“ in Angriff zu nehmen. Es besteht im Bau einer neuen oberirdischen Höchstspannungsleitung, die den Transport von erneuerbarem Strom aus Offshore-Windparks ermöglicht.

Die Boucle du Hainaut ist ein von Elia, dem belgischen Hochspannungsnetzwerkbetreiber, konzipiertes Projekt zum Ausbau des Stromnetzes. Vorgesehen ist der Bau einer 380-kV-Leitung in einem rund 90 km langen „Korridor“ zwischen Avelgem und Courcelles. Das Projekt soll die Lücke im Hochspannungsnetz füllen und der bevorstehenden Überlastung des Netzes in der Provinz zuvorkommen. Die Boucle ergänzt die Hauptinfrastruktur für den Stromtransport, indem sie die auf See durch Offshore-Windkraft erzeugte Energie zu den Verbrauchsorten leiten wird. Dank des auf diese Weise vernetzten Systems kann das gesamte wallonische und belgische Gebiet versorgt werden. In der Praxis stellt die Schleife ebenfalls eine verbesserte Anbindung an das europäische Netz dar und erlaubt somit die Stromversorgungssicherheit Belgiens.

Bereits 2020 verabschiedet, soll das Projekt zwischen 2030 und 2032 abgeschlossen werden; die Bauarbeiten sind für 2025 bis 2028 geplant. In der Erklärung zur Wallonische Regionalpolitik 2024–2029 ist das Projekt als strategisches Ziel ausgewiesen. Der Staatsrat hat es Ende 2025 genehmigt und die Trassenführung der Hochspannungsleitungen durch mehrere Gemeinden im Hennegau bestätigt. Diese Standorte rufen allerdings zahlreiche Bedenken bei den Anwohnern und den Umweltschutzorganisationen hervor.

Gegen den Trassenverlauf wurden bereits mehrere Beschwerden eingelegt, bislang wurden jedoch alle zurückgewiesen. Dennoch gibt es seitens der wallonischen Regierung Verzögerungen in der Projektumsetzung, sodass die Inbetriebnahme nicht vor 2033 zu erwarten ist. Jean-François Tamellini, der Generalsekretär der wallonischen FGTB, kritisiert diese Verzögerungen und betont, wie unverzichtbar diese Elektrifizierung ist, jetzt wo die Auslastung des Stromnetzes mit einer stetig steigenden Nachfrage kollidiert.

Für die wallonische FGTB geht es tatsächlich darum, an die wirtschaftliche Entwicklung zu denken und die Industrie krisenfester aufzustellen, die Klimaneutralität anzustreben und nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen. Ein verstärktes Netz im Stromverbund ist erforderlich, um die Produktionsspitzen aus erneuerbaren Energien zu integrieren. Ferner ist das Vorhaben unabdingbar, um die Versorgungskapazität zu erhöhen, die Energiewende zu unterstützen und Aktivitäten zu ermöglichen, die derzeit durch lange Anschlussfristen ausgebremst werden. Da die steigende Stromnachfrage heute bereits absehbar ist, ist das Fehlen eines gesicherten Zugangs zu Elektrizität eine Bedrohung für das gesamte Wirtschaftsgefüge.



Photo Elia

DIE ENERGIELANDSCHAFT

Die Energielandschaft im Hennegau veranschaulicht die Notwendigkeit, die Energieversorgung auszubauen. Die Provinz stellt 43 % des wallonischen industriellen Energieverbrauchs dar und basiert zu 70 % auf fossilen Energieträgern, was sie krisenanfällig macht und ihren Wandel bremst. Die bestehende Infrastruktur kann den steigenden Strombedarf nicht bewältigen und wird um 2030 ausgelastet sein.

Das Föderale Planbüro schätzt, dass sich die Stromnachfrage in den kommenden Jahrzehnten mehr als verdoppeln wird: „Die Stromnachfrage dürfte nie dagewesene Werte erreichen. Der Gesamtbedarf (...) könnte von 88 TWh im Jahr 2020 auf 202 TWh im Jahr 2050 steigen.¹“ Für Wallonien schätzt die AKT for Wallonia (ehemals Union wallonne des entreprises) den Anstieg bis 2050 auf nahezu 130 % ein. Die Entwicklung von Elektrofahrzeugen, der Elektrifizierungsbedarf im Schienenverkehr, der Boom der künstlichen Intelligenz, der Übergang zum elektrischen Heizen und die notwendige Dekarbonisierung der Industrie treiben diese Zahlen massiv in die Höhe.

Die Bewältigung dieser Herausforderung verlangt nach massiven Investitionen – sowohl in neue Produktionskapazitäten als auch in die Netze. Derzeit sind diese Investitionen jedoch unzureichend. Belgien gehört laut Planbüro zu den Schlusslichtern Europas beim Ausbau erneuerbarer Energien. 2023

1. Föderales Planbüro, „Quel système électrique pour atteindre „zero émission nette?““, Sept. 2025, S.1



machten sie nur 14,7 % des Energieendverbrauchs aus. Zudem wird „die Solarstromproduktion durch die Qualität des Verteilnetzes gebremst, da dieses unter erheblichen Engpässen leidet“². Dies unterstreicht die Dringlichkeit, sowohl in die Produktion als auch in die Infrastruktur zu investieren. Das Projekt Boucle du Hainaut soll daher vier Hauptziele erfüllen: bezahlbaren Stromzugang sichern, den Anteil der erneuerbaren Energien ausbauen, die wallonische Wirtschaft stützen und eine zuverlässige Versorgung gewährleisten.

GESICHERTER BEZAHLBARER STROMZUGANG

Wie Vincent Franco, föderaler frankophoner Präsident des Sektors CGSP Gazelco, betont, war die Liberalisierung des Energiesektors ein kompletter Misserfolg. Der Wettbewerb sollte dafür sorgen, dass die Bürger den günstigsten Anbieter aussuchen können. Angesichts dieses Fehlschlags ist der Zugang zu bezahlbarer Energie mehr denn je wichtiger Aspekt. Gazelco plädiert daher für einen Energiemix, gepaart mit einem belgischen Investitionsplan.

Die Fertigstellung der Boucle sollte es demnach ermöglichen, jederzeit von den attraktivsten Preisen auf dem europäischen Energiemarkt zu profitieren. Durch die Erhöhung der Transportkapazität von Strom aus der Nordsee und aus Nachbarländern (Frankreich und Vereinigtes Königreich) in das Landesinnere wird das Risiko einer Netzüberlastung vermieden. Ein überlastetes Netz zwingt Elia zu kostspieligen Umverteilungen von Stromflüssen, was Mehrkosten für die Allgemeinheit verursacht.

Eine gesteigerte Erzeugung von erneuerbarem Strom reduziert darüber hinaus zwangsläufig die Nutzung fossiler Energien und senkt dadurch auch den durchschnittlichen Strompreis. Die Transportkosten von Elia machen durchschnittlich 5 % der Stromrechnung eines Haushalts und 7–10 % der Rechnung eines Unternehmens aus. Dies wirkt sich positiv auf die Endverbraucherpreise aus. Allerdings müsse – so Franco – darauf geachtet werden, dass die Investitionskosten nicht auf die Verbraucher abgewälzt werden.

AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN

Die Energiewende erfordert vor allem eine schrittweise Dekarbonisierung der Gesellschaft. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, muss die Produktion erneuerbarer Energien

deutlich gesteigert werden. Der Nationale Energie- und Klimaplan (PNEC) 2021–2030, den die Föderalregierung und die Regionen Ende 2025 verabschiedet haben, bestätigt das Ziel von 32 % erneuerbaren Energien bis 2030. Bart De Wever bekräftigte dies im Namen der belgischen Regierung auch auf dem Nordsee-Gipfel Ende Januar 2026 in Hamburg. Die neun Unterzeichnerstaaten wollen gemeinsam bis 2050 knapp 300 Gw erzeugen.

Elia muss daher sein Übertragungsnetz anpassen, um diese neuen Stromflüsse befördern zu können. Für das Unternehmen ist das Projekt Boucle du Hainaut daher unabdingbar.

STÜTZUNG DER WIRTSCHAFT

Das Vorhandensein einer Hochspannungsinfrastruktur steigert die wirtschaftliche Attraktivität eines Gebiets. Die Provinz Hennegau verfügt derzeit nicht über eine solche Infrastruktur. Bis 2030 wird das 150-kV-Netz jedoch ausgelastet sein. Das bedeutet, dass die bestehende Stromversorgungskapazität an ihre Grenzen stößt – mit dem Risiko eines Attraktivitätsverlusts, da das Angebot dann nicht mehr der Nachfrage entsprechen kann.

Insofern ist die Boucle du Hainaut auch eine Chance für die Regionalentwicklung. Laut einer 2025 von Elia beim Büro Deplasse in Auftrag gegebenen Studie könnte die Verbindung bis 2050 nämlich zwischen 3,7 und 10,16 Milliarden Euro Wertschöpfung generieren und 2030–2040 jährlich zwischen 863 und 3.995 Arbeitsplätze bzw. 4.200 bis 9.993 pro Jahr zwischen 2040 und 2050 schaffen. Der Bau der Boucle an sich, der eine Investition in Höhe von 1,087 Milliarden Euro darstellt, würde direkt 448 Millionen Euro an Wertschöpfung und 4.913 Arbeitsplätze schaffen, da sie in Wallonien die hauptsächliche Stromverteilung zwischen Avelgem und Courcelles sichern würde.

Die wallonische FGTB und der Sektor Gazelco der CGSP wachen aufmerksam darüber, dass die Unabhängigkeit unseres Landes im Energiesektor mit dem Erhalt qualitativ hochwertiger direkter wie indirekter Beschäftigung in diesem Tätigkeitszweig einhergeht.

2. Föderales Planbüro, „L'industrie a-t-elle un avenir en Belgique?“, Sept. 2025, S.29



GARANTIE EINER ZUVERLÄSSIGEN VERSOR- GUNG

Wie bereits erwähnt wird das Projekt Boucle du Hainaut die Versorgungssicherheit der belgischen Verbraucher erheblich erhöhen, indem es das bestehende Netz deutlich aufrüstet. Früher war das Netz so ausgerichtet, dass die Verbraucher den Strom aus fossilen Großkraftwerken erhielten. Im Zuge des Energiewandels und im Rahmen der dezentralen Produktion erneuerbarer Energien werden die Stromflüsse umfangreicher und variabler. Diese neue Verbindung könnte daher die Vermaschung des 380 kV-Stromnetzes gewährleisten und würde somit den künftigen Herausforderungen auf zuverlässige Weise begegnen. Sie würde darüber hinaus Wartungs- und Reparaturarbeiten im gesamten Stromnetz dank der alternativen Stromwege erleichtern.

UNVERSTÄNDLICHE VERZÖGERUNGEN

Am 25. November hat der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat der Wallonie (CESE) eine Initiativstellungnahme vorgelegt, in der er an die Dringlichkeit der Umsetzung der Boucle erinnerte. Am selben Tag erklärte François Desquesnes, der für diese Akte zuständige wallonische Minister für Raumordnung, im wallonischen Parlament, er wolle die Deplasse-Studie zu den sozioökonomischen Auswirkungen der Boucle nicht in die Akte zur Überarbeitung der Sektorenpläne aufnehmen. Begründet wurde dies damit, dass diese sehr umfassende Studie direkt von Elia in Auftrag gegeben worden sei, also außerhalb des gesetzlichen Rahmens, und zudem von einem anderen Dienstleister erstellt worden sei als jenem, den der Minister bereits beauftragt hatte.

Stand heute hat der Minister eine Ergänzung zum Umweltverträglichkeitsbericht (UVB/RIE) verlangt, damit verschiedene Optionen nach mehreren Kriterien (Städtebau, Landschaft,

Mobilität, Gesundheitsrisiken ...) erneut geprüft werden. Dieser Bericht wurde soeben an die Verwaltung, die betroffenen Gemeinden und die Abteilungen des Rates zur Stellungnahme übermittelt; diese haben nun 60 Tage Zeit, um Position zu beziehen.

Der Minister fügte hinzu, er habe außerdem eine unabhängige Stellungnahme der CREG, der Kommission zur Regulierung von Elektrizität und Gas, eingeholt. Diese habe die Dringlichkeit des Projekts bestätigt, das eine Überlastung vermeiden und die wirtschaftliche Entwicklung des Hennegaus fördern soll.

Währenddessen tritt das Projekt Ventilux in Westflandern in eine entscheidende Phase ein, und die öffentliche Untersuchung ist dort bereits angelaufen. Dieses Elia-Projekt ist das Gegenstück zur Boucle du Hainaut. Es soll die vor der belgischen Küste im Windpark der Prinzessin-Elisabeth-Insel – der ersten künstlichen Energieinsel der Welt – erzeugte Energie von Zeebrugge nach Avelgem transportieren; von dort soll die Boucle du Hainaut dann starten.

Für den CESE, die CGSP und die wallonische FGTD beruht eine glaubwürdige Industriepolitik auf einem robusten Stromnetz. Noch länger abwarten bedeutet ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, an Arbeitsplätzen und an Wandlungschancen. Das Ausbleiben der Boucle du Hainaut hätte schwerwiegende Auswirkungen auf die Industrie im Hennegau und in der gesamten Wallonie. Insbesondere große industrielle Stromverbraucher riskieren nicht nur ein überlastetes Netz, sondern müssten ohne Verstärkung durch Offshore-Windenergie auch einen strukturellen Mehrpreis beim Strom verkraften, während ihre französischen Wettbewerber weiterhin von einem niedrigeren Strompreis profitieren würden.

Jetzt Fortschritte zu verbuchen heißt, Arbeitsplätze, Haushalte, Investitionen, die Dekarbonisierung und die energiepolitische Unabhängigkeit der Wallonie abzusichern.

DIE URSPRÜNGE DES 8. MÄRZ: DER OVALISTINNEN STREIK DER ERSTE GROSSE FRAUENSTREIK IN FRANKREICH

Am 17. Juni 1869 erheben sich die Ovalistinnen, die Seidenarbeiterinnen der Stadt Lyon, gegen ihre Arbeitsbedingungen. Es ist der Startschuss für einen einmonatigen Streik.



Die Ovalistinnen waren Arbeiterinnen, die für vorbereitende Behandlungen am Rohseidenfaden aus der Spinnerei verantwortlich waren und diesen für den weiteren Webvorgang geeignet machten (wobei das „Oval“ das zentrale Maschinenteil war, das sie überwachten). Diese Tätigkeit wurde auch „Moulinage“ genannt. Die Ovalistinnen waren junge Frauen, die in den Dörfern rund um Lyon angeworben wurden, oder italienische Migrantinnen. Sie erhielten 1,40 Franc für einen 12-Stunden-Tag, den sie bei Lärm und in der Feuchtigkeit verbrachten. Untergebracht waren sie in Zimmern, die oft unhygienisch und überbelegt waren. Manchmal gab es keine Arbeit für sie, dann waren sie ohne Beschäftigung und mussten sich prostituieren, um über die Runden zu kommen.

URSPRUNG DES STREIKS

À Im Sommer 1869 beginnen die Ovalistinnen, ihre Forderungen laut zu machen. Vor allem verlangen sie eine Lohnerhöhung von 1,40 auf 2 Franc pro Tag – d.h. dasselbe wie die Männer, die 2 Franc erhalten. Außerdem fordern sie eine Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden pro Tag.

Zunächst versuchen sie, ihre Anliegen auf dem Weg von Forderungen durchzusetzen. Am Tag vor dem Beginn der Bewegung unterschreiben 250 von ihnen eine Petition, und am 17. Juni bitten sie den Präfekten um Hilfe – allerdings ohne Erfolg.

Vier Tage später, am 21. Juni, legen sie die Arbeit nieder. Unterstützung kommt von der Lyoner Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA/AIT) – die aus männlichen Arbeitern besteht und die ihnen hilft, ein Streikkomitee zu bilden und eine Unterstützungskollekte zu organisieren.

Am Morgen des 25. Juni 1869, enttäuscht von der Gleichgültigkeit der Arbeitgeber gegenüber ihren Forderungen, erklären die Ovalistinnen den Streik. Im Anschluss an die Versammlung ziehen Gruppen junger Frauen durch Lyon, um die Werkstätten

zum Streik zu bewegen. Sie überschwemmen förmlich die engen Straßen an den Hängen der Croix-Rousse und drohen für den Fall, dass die Arbeit wieder aufgenommen wird.

VERSCHÄRFUNG UND REPRESSION

In der Woche zwischen dem Montag, 28. Juni und dem Samstag, 3. Juli verschärfen sich die Streiks. Polizisten überwachen die Werkstätten und verhaften Aufständische. Einige Arbeitgeber lassen junge Italienerinnen kommen, um den Streik zu brechen, und drohen, die Arbeiterinnen aus den Schlafsälen zu werfen, wenn sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Ovalistinnen nehmen sie beim Wort: Sie verlassen den Schlafsaal und sitzen plötzlich auf der Straße – auf ihren Koffern.

Die Bewegung wird „männlicher“, weitere Berufsgruppen schließen sich an. Vor den Werkstätten Bonnardel formiert sich ein Aufruhr. Doch für die Streikenden werden die Mittel knapp: Einige kehren lieber in ihre Heimat zurück, als den Arbeitgebern nachzugeben. Die anderen sind überall untergebracht und ernähren sich dank einer eingerichteten Unterstützungskasse. Am 3. Juli streiken noch rund 1.800 Ovalistinnen – von insgesamt 2.400 Arbeiterinnen.

WIEDERAUFNAHME DER ARBEIT

Leider erreichen die Ovalistinnen trotz dieser für diese Epoche ungewöhnlichen Mobilisierung nicht alles, was sie wollen. Sie frieren und hungern und nach und nach entscheiden sie sich, die Arbeit wieder aufzunehmen. Zugestanden wird ihnen lediglich die Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden. Der Einkommensverlust zwingt die Arbeiterinnen zur Rückkehr an den Arbeitsplatz. Die Kommission der Ovalistinnen schließt sich daraufhin der Ersten Internationale an – als erste weibliche Berufsgruppe, die dies tut.

DIE URSPRÜNGE DES 8. MÄRZ

Mit Unterstützung von Karl Marx setzen sie ihr Engagement jedoch fort und organisieren die Berufsgruppe der Ovalisten neu. Philomène Rozan, Vorsitzende des Streikkomitees der Ovalistinnen, wird deren erste Delegierte. Nichtsdestotrotz wird dieser Arbeiterinnenkampf weit weniger bekannt werden als der Aufstand der Canuts von 1831. Dies ist ein Ausdruck der „Unsichtbarmachung“ von Frauenkämpfen. Dennoch muss immer wieder daran erinnert werden, dass nur der Mut dieser Ovalistinnen – die man übrigens weniger als ein Jahr später auch auf den Barrikaden der aufständischen Kommune Lyon wieder antreffen wird, – den Weg für weitere Kämpfe, wie etwa den Streik der Weberinnen von Vizille im Jahr 1906, geebnet hat.

LA FABRIQUE DES INSURGÉES

In einem schönen 128-seitigen Comic, erschienen bei Delcourt, erkunden wir die „Fabrik der Aufständischen“: einen Arbeiterinnenkampf, der 1869 von mutigen Frauen ausging – den sogenannten Ovalistinnen, d.h. den Arbeiterinnen in den Seidenspinnereien von Lyon. Entdecken Sie die Geschichte dieses ersten Arbeiterinnenstreiks für gerechte Löhne und würdige Arbeitsbedingungen, der zu einem Wendepunkt in den sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts führte.

Juni 1869 in Lyon: 1.800 Arbeiterinnen verlassen ihre Werkstätten und treten spontan in den Streik. Sie nehmen auch ihre Koffer mit, denn ihr Arbeitsplatz ist zugleich ihr Wohnort ... Gerade diese spektakuläre Besetzung der Straßen wird von der damaligen Presse zunächst besonders hervorgehoben..

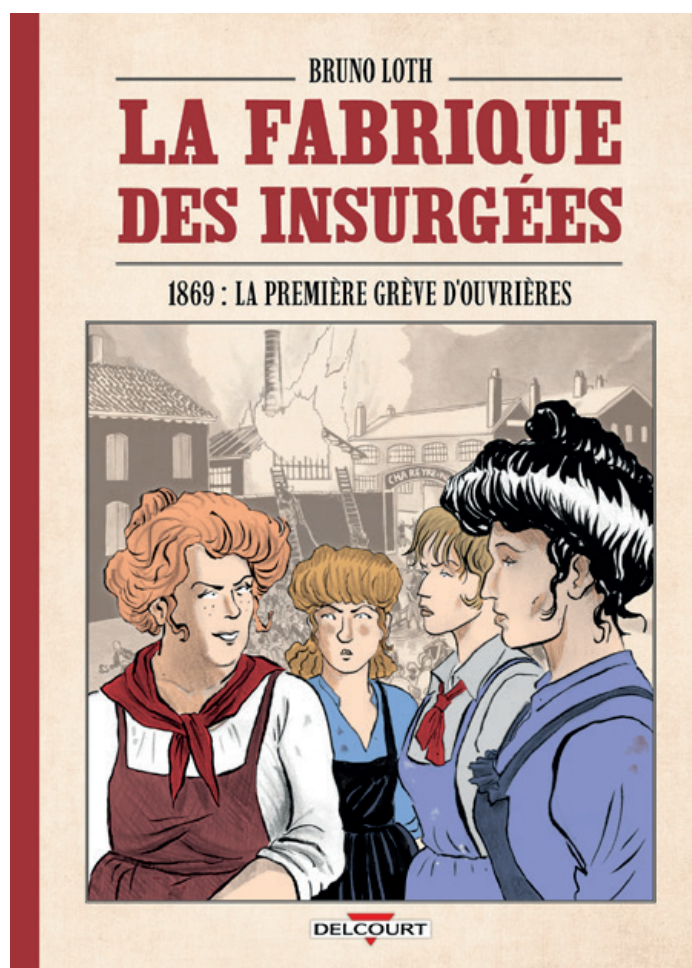
AUSGEBEUTETE ARBEITERINNEN

Die Ovalistinnen sind Frauen: Es heißt „ouvrier-moulinier“ wenn von männlichen Spinnereiarbeitern die Rede ist und „ovaliste“ für die Frauen. Die Ovalistinnen sind stark ausgebeutete Arbeiterinnen; ihre Aufgabe besteht darin, die Seidenfäden so vorzubereiten, dass sie webfähig sind. Sie arbeiten zwölf Stunden am Tag für einen bescheidenen Lohn und verdienen 40 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Diese jungen, unverheirateten Frauen vom Land – 10 % von ihnen kommen aus dem benachbarten Italien – machen sich auf den Weg nach Lyon in der Hoffnung, dass ihnen diese „vorübergehende“ Arbeit ermöglicht, eine kleine Mitgift anzusparen, um heiraten zu können, oder die oft zahlreichen Brüder und Schwestern „zu Hause“ zu ernähren.

Dieser Streik gilt als einer der ersten großen Frauenstreiks in Europa. Die noch sehr junge Lyoner Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA/AIT) unterstützt die Arbeiterinnen. Sie erhalten Gelder von überall, insbesondere auch von der belgischen Arbeiterklasse. Zum ersten Mal besteht eine Streikkommission aus fast ebenso vielen Männern wie Frauen, und ihre Ko-Präsidentin ist Philomène Rozan (1842–1897), einer jungen Arbeiterin, die erst seit Kurzem aus ihrer Heimatregion Isère nach Lyon gekommen ist. Am 11. Juli verkündet die Streikkommission den Beitritt aller Ovalistinnen zur AIT, der Ersten Internationale.

EINE GESCHICHTE NACH WAHREN BEGEBENHEITEN

Von eben diesem Streik erzählt Bruno Loth in „La Fabrique des insurgées“, erschienen bei Delcourt. Zunächst begleiten wir das Leben von Camille und Adélaïde, die 1867 mit dem Zug aus der Ardèche aufbrechen und als Ovalistinnen in der Spinnerei Bonnardel Arbeit finden. Parallel dazu schildert Loth das Schicksal zweier Kinder (Tonin und seine Schwester Lison), die nach ihrer Ankunft im Großraum Lyon mit einer Bande junger Straftäter konfrontiert werden, die von einem Verbrecher ausgebeutet werden. Sie kreuzen den Weg



eines fahrenden Händlers (Justin Lafleur), einem öffentlichen Schreiber, der bald die ersten Forderungen der Ovalistinnen zu Papier bringen wird.

All diese individuellen Lebenswege werden in jenen Sommertagen des Jahres 1869 den Gang der kollektiven Geschichte prägen. Mit präzisen Strichen und gestützt auf eine umfangreiche Dokumentation lässt Bruno Loth die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Frauen und Kinder wiederaufleben: die Verachtung der herrschenden Klassen gegenüber den „Armen“, das Erstarken der Solidarität in der Arbeiterschaft, aber auch die Spaltungen innerhalb der Arbeiterbewegung sowie das allmähliche Unsichtbarmachen dieser kämpfenden Frauen durch eine nahezu ausschließlich männliche Führung ...

Bruno Loth, La Fabrique des insurgées, in der Reihe Histoire & Histoires, 128 Seiten, Delcourt, 2025.

ARIZONA, DER FEIND DER FRAUEN?

Die Sparpolitik der Arizona-Regierung, aber auch jene der wallonischen und der Gemeinschaftsregierungen trifft vor allem die Frauen – und dies mit voller Wucht. Die Arbeitslosenreform, der Rentenmalus, Mittelkürzungen bei öffentlichen Diensten, drastische Kürzungen bei sozialen Hilfen usw.: Allesamt Maßnahmen, die weibliche Beschäftigte härter treffen als ihre männlichen Kollegen. Am Vorabend des 8. März, des Internationalen Frauentags, haben wir mit Ariane GEMANDER gesprochen, einer Politikwissenschaftlerin an der ULB. In diesem Gespräch erläutert und analysiert sie die neoliberalen Politiken unserer Regierungen und deren Auswirkungen auf das Leben von Frauen im Allgemeinen.

Das vollständige Interview finden Sie auf [MaTribune.be](https://ma Tribune.be), sowie auf unseren sozialen Netzwerken.



WELTKONGRESS DER FIA IN BIRMINGHAM

Die CGSP-Kultur vertritt die Beschäftigten im Kulturbereich, vor allem in den Sparten darstellende Künste, sozio-kultureller Bereich, audiovisuelle Medien und Film. Aus diesem Grund ist sie der Internationalen Föderation der Schauspieler (FIA) angeschlossen. Diese Organisation vereint nationale Gewerkschaften, die Künstlerinnen und Künstler vertreten. Sie verfügt über drei Gremien: den Kongress, den Exekutivausschuss und das Präsidium. Sie fördert den Informationsaustausch über Arbeitsbedingungen in den Bereichen Live-Performance und Audiovisuelles – sowohl lokal als auch weltweit.

Die FIA hielt ihren 23. Weltkongress vom 12. bis 15. November 2025 in Birmingham im Vereinigten Königreich ab. Diese alle vier Jahre stattfindende Veranstaltung wurde in drei Sprachen durchgeführt: Französisch, Englisch und Spanisch. In zahlreichen Diskussionen wurden Themen wie Stimmarbeit und künstliche Intelligenz, Werbung, Jugend sowie Vielfalt in der Branche behandelt. Die FIA bildete Arbeitsgruppen nach Weltregionen: Westeuropa, Osteuropa, eurasische Region, Afrika, Lateinamerika und Nordamerika.

WICHTIGE ANTRÄGE

Die Kongressteilnehmenden verabschiedeten einstimmig nicht weniger als 22 wichtige Anträge. Sie werden in den kommenden vier Jahren alle Aktivitäten der FIA und, soweit möglich, auch jene der nationalen Gewerkschaften orientieren. Diese Anträge behandeln mehrere zentrale Themen, die teilweise lebhaft Debatten auslösten – stets jedoch in respektvollem Umgang mit der vertretenen Vielfalt.

Die Anträge positionieren die FIA zu Schlüsselthemen wie dem Kampf gegen autoritäre und antidemokratische Regime, gegen den missbräuchlichen Einsatz von KI zulasten der ausübenden Kunstschaffenden und Kreativen, oder der Stärkung der kollektiven Verhandlungsmacht von Angestellten und Freischaffenden.

BIRMINGHAM, EINE BANKROTTE STADT

Diesen Beitrag zu beenden, ohne die Gastgeberstadt dieses denkwürdigen Kongresses zu erwähnen, wäre undenkbar. Birmingham war im 19. Jahrhundert während der Industriellen Revolution eine bedeutende Stadt. Heute hat die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt abgenommen, und die Aktivitäten sind stärker auf den tertiären Sektor (Handel, Dienstleistungen) ausgerichtet. Doch Birmingham, die zweitgrößte Stadt des Vereinigten Königreichs, wurde 2023 für zahlungsunfähig erklärt. Sie ist mit drastischen Haushaltskürzungen konfrontiert – mit schweren Folgen für die Bevölkerung.

Birmingham steht vor einer gewaltigen Verschuldung, die nicht nur mit der Ausrichtung der Commonwealth Games 2022 zusammenhängt (200 Millionen), sondern auch mit einer Verurteilung wegen des Verstoßens gegen das Gesetz zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern (1,3 Milliarden Euro). Die Rechnung ist enorm hoch. Seither steht die Stadt unter der Aufsicht der britischen Regierung. Die lokalen



Steuern sind um 20 % gestiegen! Nur Ausgaben, die als „wesentlich“ gelten, wurden beibehalten. Soziale Dienste werden gestrichen. Der Kulturbereich liegt still! Sogar die Straßenbeleuchtung ist inzwischen eingeschränkt. Die Müllabfuhr, die 20 % ihres Lohns verloren hat, streikt seit fast einem Jahr! Überall häufen sich Müllberge ... Hier zeigt die Austeritätspolitik mehr als anderswo ihr wahres Gesicht: das der Armut und das der Trostlosigkeit.

Die CGSP hat durch ihre Anwesenheit in Birmingham ihre vollumfängliche Solidarität mit den Beschäftigten des englischen öffentlichen Dienstes bekundet.

Sind Sie im Kulturbereich tätig und benötigen Hilfe Ihren Status betreffend?

Wenn Sie in Wallonien Mitglied sind,
wenden Sie sich an Maximilien HERRY:
maximilien.herry@cgspacod.be.

Wenn Sie in Brüssel Mitglied sind,
wenden Sie sich an Philippe LEFIN:
philippe.lefin@cgspacod.be.



Wir empfehlen Ihnen außerdem, sich über die Website der IRW-CGSP-CULTURE: www.irwcgspculture.be Laufenden zu halten.



DANK E

Die öffentlichen Dienste sind Euch näher denn je

